

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1934

77 (3.4.1934)

Zeitung täglich
mit Ausnahme der Feiertage
Bezugspreis:
Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger und unsere Aus-
räger frei ins Haus
monatlich Goldmark 1.25
zusätzlich 36 Pfg. Postaufgebühren.
Der Bezugspreis ist im Voraus
zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Liefer-
ung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/28 bis 5 Uhr
Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 465
Postfach-Konto:
Karlstraße Nr. 6903

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Begr. 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentl. Beilagen: Ein Blick in die Welt • Die Brunnenstube • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- u. Landwirtschaft

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 46 mm breite
Millimeter-Zeile 5 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite
Millimeter-Zeile 15 Goldpf.
Grundschrift in Anzeigen- und
Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifierter
Kadett, der bei Nichtzahlung
innerhalb 8 Tagen nach Rech-
nungsdatum oder bei gerichtlicher
Betreibung erlischt.
Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen
müssen am Tage vorher auf-
gegeben werden.
Bank-Konto:
Bereinsbank Sinsheim
e. G. m. b. H.
Spar- u. Sparkasse Sinsheim
(öffentl. Sparkasse)

Nr. 77.

Dienstag, den 3. April 1934.

95. Jahrgang

Frankreich bedingt für deutsche Aufrüstung? Englische Rückfragen.

London, 1. April. Nach Ansicht des Pariser Korrespondenten der „Times“ hat sich der Standpunkt der französischen Regierung in der Aufrüstungsfrage seit dem Brüsseler Besuch Barthous in verschiedener Hinsicht geändert. Während die Denkschrift an die englische Regierung vom 17. März noch die Auffassung vertrat, daß es keine wesentliche Aufrüstung Deutschlands geben dürfe,

scheine Frankreich jetzt bereit zu sein, Deutschland eine gewisse Aufrüstung zuzugestehen, vorausgesetzt, daß damit keine Verminderung des jetzigen Standes der französischen Wehrmacht verbunden sei und daß befriedigende Garantien gegeben werden.

Man glaube, daß die englische Regierung besonders angefragt habe, welchem Maß die französische Regierung bei den Ausführungsbedingungen zustimmen würde und welche Garantien die französische Regierung für ein derartiges Zugeständnis an Deutschland verlange. Die Tatsache, daß solche Fragen gestellt werden, bezeugt nach Auffassung des Korrespondenten eine Aenderung in der französischen Haltung.

Interessante Angaben über die stille Arbeit, die der Quai d'Orsay zur Festlegung des französischen Standpunktes in der Aufrüstungsfrage leistet, gibt der „Express“. Diesem Blatt zufolge soll die französische Antwort auf die englische

Aufrüstungsfrage von der Voraussetzung ausgehen, daß ein Abrüstungsabkommen Frankreich die Möglichkeit lassen müsse, jederzeit seine Effektivebestände und seine Materialien den Effektivebeständen und Materialien Deutschlands anzupassen, und zwar unter Berücksichtigung

eines Sicherheitspielraumes.

Da Deutschland 20 Mill. mehr Einwohner zähle und über mächtige Kriegsfabriken verfüge, der Durchführung der Bürgschaften müsse man sich von der Ueberzeugung leiten lassen, daß es besser sei, vorzubeugen, als zu kraßen. Je wirksamer und entschiedener die Sanktionen des Vertrages gefast seien, umso eher werden sie einen evtl. Angreifer zum Ueberlegen zwingen. Die Inkraftsetzung von Sanktionen dürfe weder umstritten noch bestritten sein.

Diese Einwände würden allerdings hinfällig, wenn ein vollständiges französisch-englisches Bündnis vorhanden wäre, das wirksam werden würde, sobald die Kontrolle eine schwerwiegende Verletzung des Abkommens und der Verträge, die in Kraft sind, feststellen würde.

Aber es scheint nicht, schreibt der „Express“, daß die gramme Lehre von 1914 die Regierung und die öffentliche Meinung in England von dieser Notwendigkeit ausreichend überzeugt habe.

zeitigen Abhängigkeit Österreichs von Italien herausgebildet hat.

Einweihung der deutschen evangelischen Kirche in Athen

Athen, 3. April. In Gegenwart des deutschen Gesandten Eisenlohr, des Stellvertreters des Reichsbischofs Bischof Hedel, des griechischen Außenministers Maximos, der Gattin des griechischen Ministerpräsidenten Tsalarias sowie zahlreicher Persönlichkeiten des griechischen Aleris und des Finanz- und Kultusministeriums fand am Ostermontag unter feierlichem Glockengeläut die Einweihung der hiesigen deutschen evangelischen Kirche statt, der ersten und einzigen deutsch-evangelischen Kirche Griechenlands. An den Reichspräsidenten von Hindenburg, den Reichskanzler Adolf Hitler, Reichsbischof Müller, sowie an den Gustav-Adolf-Verein wurden Ergebnisgramme gefandt.

Roosevelts Zollreform

Vor neuen Handelsverhandlungen mit dem Ausland
Washington, 3. April. Die Annahme des Zollreform-Gesetzentwurfes durch das Repräsentantenhaus hat in Washington Regierungskreisen größte Befriedigung ausgelöst. Sie wird als ein Beweis angesehen, daß die demokratische Fraktion in allen wirklich wichtigen Programmpunkten sich Roosevelts Führung auch weiterhin unterordnet, wenn sie auch in der Frage der Kriegsveteranen, die ihr eigenes Schicksal bei den kommenden Neuwahlen stark berührt, den Beschlüssen des Weissen Hauses nicht folgen zu können glaubte. Die Regierung hofft, daß der Gesetzentwurf über die Zollreform fest auch vom Senat gebilligt werde. In diesem Zweck wird in Farmerkreisen eine starke Werbung für den Gedanken betrieben,

daß die Landwirtschaft nur gedeihen könne, wenn dem Ausland Gelegenheit gegeben werde, seine Waren unter billigen Zöllen nach Amerika einzuführen und dadurch an Kaufkraft zu gewinnen, um amerikanische Farmererzeugnisse zu kaufen.

Eine Rede, die der Landwirtschaftsminister Wallace kürzlich hielt und in der er diesen Gedanken ausführlich und einleuchtend propagierte, ist bereits in über 50 000 Exemplaren im ganzen Lande verbreitet worden und hat überall starke Beachtung gefunden. Man erhofft sich daraus einen genügenden Druck seitens der Bevölkerung auf den Staat hinsichtlich der Annahme der Zollreform.

Nach der Verabschiedung des Gesetzentwurfes durch den Senat wird die Regierung mit den fremden Mächten Verhandlungen zum Abschluß zweier- und mehrseitiger Handels- und Zollverträge für eine vorläufige Dauer von 3 Jahren aufnehmen.

Das vom Repräsentantenhaus angehängte Verbot, eine Aenderung oder Streichung der Schulden vorzunehmen, stellt an sich nichts Neues dar, da der Kongreß bereits 1930 anlässlich des Hoover-Memoriums eine gleiche Entschließung faßte. Roosevelt plante, den gesamten Fragenkomplex der Auslandsverpflichtung demnach in einer Sonderbotschaft zu behandeln, falls die Tagung des Kongresses dadurch nicht ungebührlich verlängert werden würde. Da die Haltung des Parlaments in der Schuldenfrage, wie dieser Zusatz beweist, nach wie vor hartnäckig ist, besteht die Möglichkeit, daß die Schuldenfrage auch in dem gegenwärtigen Sittingsabschnitt nicht mehr behandelt werden wird.

Infall soll an Amerika ausgeliefert werden.

Istanbul, 3. April. Die türkische Nationalversammlung hat am Montag den Auslieferungsantrag mit USZ ratifiziert und dadurch den Weg für die Auslieferung Samuel Infalls geebnet. Das türkische Kabinett hatte bereits vorher beschlossen, den Großbeträger an Amerika anzuliefern und zu diesem Zwecke die Inhaftierung Infalls verfügt. Der Rechtsanwalts Infalls hat gegen die erfolgte Verhaftung Beschwerde eingelegt.

Anwerbung chinesischer Arbeiter für japanische Militärdienste

Peking, 1. April. Ein am Samstag aus Kupeikan zurückgekehrter Vertreter des Peking Militärrats bestätigt die Gerüchte, wonach chinesische Arbeiter in größerer Zahl von den Japanern angeworben werden. Erst kürzlich seien 500 Arbeiter über Kupeita nach Jehol geschafft worden. Die angeworbenen Arbeiter würden aber nicht, wie gemeldet, mit Straßenbauarbeiten beschäftigt, sondern zu Militärdienstleistungen zusammengefaßt.

In wenigen Worten

München: Auf Antrag der Generalsstaatsanwaltschaft in Wien ist das Verfahren gegen den Münchener Schriftleiter Dr. Ernst Falkner, der seit 12. März wegen Spionageverdachts in Wien (Oberösterreich) verhaftet war, eingestellt worden. Dr. Falkner wurde aus der Haft entlassen und weilt zurzeit wieder auf deutschem Boden, eine Ausweisung liegt jedoch nicht vor.

Sofia: In der südbulgarischen Ortschaft Madan wurde in der Nacht zum Ostermontag ein schwerer Bombenanschlag verübt. Die Täter warfen in die Wohnung des Bauern Muffe drei große Bomben, die das Haus des Bauern fast ganz zerstörten. Muffe und seine Frau wurden schwer verletzt aus den Trümmern gezogen.

Charbin: 30 Banditen eröffneten auf einen Güterzug ein Sperrfeuer, nachdem sie ihn durch Zerschneiden der Gleise zum Entgleisen gebracht hatten. Sie überwältigten die militärischen Begleitmannschaften und nahmen sie als Gefangene mit, nachdem sie den Zug beraubt hatten. Zwei Personen wurden bei dem Ueberfall getötet und viele verwundet.

Dr. von Kanya über die Donauraumfrage und die römischen Protokolle.

Berlin, 3. April. Der ungarische Minister des Auswärtigen, von Kanya, gewählte dem Budapest Vertreter der „Römischen Zeitung“ eine Unterredung über die Donauraumfrage und die römischen Protokolle. Der Minister führte dabei u. a. aus: Die gegen Ungarn konsequenter betriebene Einreisepolitik hat in manchen Kreisen des Auslands zu der Annahme geführt, als ob unsere Annäherung an Österreich und Italien in erster Reihe von politischen Motiven inspiriert wäre, um dadurch einen Schachzug gegen die Hegemoniebestrebungen der Kleinen Entente zu führen. Wiewohl die von der Kleinen Entente in den letzten Jahren befolgte Politik wenig dazu geeignet war, Ungarn Vertrauen einzufößen, so würde dennoch eine derartige Auffassung der ungarischen Außenpolitik sich nicht mit den Tatsachen decken.

Die Sachlage ist einfach die, daß es für Ungarn ein Existenzproblem bedeutet, entsprechende Abhängigkeiten für seine Aarproduktion zu schaffen und es daher bemüht ist, engere Wirtschaftsbeziehungen mit jenen Ländern herzustellen, die den ungarischen Interessen ein wohlwollendes Verständnis entgegenbringen.

So verhalte Ungarn auch seit Jahren engere Wirtschaftsbeziehungen mit dem Deutschen Reich herzustellen. Es sei hier mit Bedauern darauf hingewiesen, daß die frühere deutsche Regierung diesem Bestreben leider nicht viel Verständnis entgegenbrachte. Dies ist nun anders geworden, und ich kann mit Genugtuung feststellen, daß der zu Beginn dieses Jahres abgeschlossene Zulassungsvertrag dem ungarischen Warenexport auch nach Deutschland neue Möglichkeiten eröffnet, die sich, wie ich hoffe, zum Wohle beider Volkswirtschaften auswirken werden.

Aus diesem Gedankenengang heraus ist der wahre Sinn und die Bedeutung der römischen Protokolle für Ungarn zu erfassen, deren nähere Prüfung vollumfänglich die obigen Ausführungen bestätigen. Was das politische Protokoll betrifft, so sei betont, daß es sich hierbei um keine neue Bindung handelt, sondern um die feierliche Bestätigung der zwischen Österreich einerseits sowie zwischen Italien und den zwei Donauländern andererseits schon bestehenden freundschaftlichen Beziehungen.

Zusammenfassend sei festgestellt, daß es sich weder vom wirtschaftlichen noch vom politischen Gesichtspunkt um irgendwelche Blockbildung handelt, sondern lediglich um eine konzentrierte Aktion im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaues und der politischen Gleichberechtigung der zentralen Donauländer. Ungarischerseits würde ich es sicher nur begrüßen, hierbei auch auf die Mitwirkung einer Großmacht rechnen zu dürfen.

Der Abschluß des „Heiligen Jahres.“ Heiligsprechung von Don Boscos. — Schließung der „Heiligen Pforte.“

Rom, 3. April. Mit der Heiligsprechung des Gründers der Salesianer-Kongregation, Don Bosco, am Ostermontag und der Schließung der Heiligen Pforte am Osterdionstag erreichte das außerordentliche Heilige Jahr 1933/34 seinen Abschluß.

Eine ungeheure Menge von Pilgern — man rechnet 171 Zahl auf etwa 150 000 — und zahllose Vergnügungstouristen aus dem Ausland hatten sich in den letzten vor Ostern in Rom eingefunden. Oft genügten die Straßen der Hauptstadt kaum noch, um den gewaltigen Verkehr aufzunehmen.

Bei der Heiligsprechung Don Boscos war die Peterskirche bereits um 7 Uhr morgens überfüllt. Zum ersten Male waren auf dem Petersplatz Lautsprecher angebracht die die Heiligsprechung übertrugen, und ein Altar im Freier ermdlichste den Wartenden die Teilnahme an der Messe. In der Peterskirche wohnten neben zahlreichen Fürsichtlichen aus das Königspaar von Spanien und der Kronprinz von Italien der Zeremonie bei. Der Kirchenkomponist Perosi hatte eine eigene Messe für die Heiligsprechung geschrieben. Nach der Verkündung der Heiligsprechungsformel, die das Heilige neuen Heiligen auf dessen Todestag, den 31. Januar, festsetzt, wurden Brieftauben entsandt, die die Botschaft nach Turin bringen sollten. Gegen 1.30 Uhr mittags endete die feierliche Handlung mit dem Segen orbi eturbi, den der Papst von der äußeren Loggia der Basilika aus erteilte.

Der deutsche Kurien-Kardinal Ehrle gestorben
Rom, 1. April. In den frühen Morgenstunden des

Samstags ist der deutsche Kurienkardinal Ehrle im Alter von 89 Jahren gestorben.

Standalöse Zustände

Ein Schreiben der erkrankten Insassen des Wöllersdorfer Konzentrationslager an das Bundeskanzleramt.

Wien, 1. April. Von elf im Wiener neuärztlichen Hospital untergebrachten Gefangenen des Wöllersdorfer Konzentrationslagers ist an das Bundeskanzleramt ein Schreiben gefandt worden, in dem es u. a. heißt, daß die Urteile der Erkrankten ohne Zweifel in den unhygienischen Zuständen des Lagers und der Verpflegung liegt. Während die zuerst in das Krankenhaus eingeliefert in den ordentlichen Epäräumen untergebracht wurden, mußten nach Entlieferung der letzten Erkrankten sämtliche Kranke in eine Notbarade überföhrt werden. Die Unterzeichneten protestieren schärfstens gegen diese Art der Unterbringung, die den einfachsten Begriffen der Hygiene und der Krankenfürsorge widerspricht. Die Barade, in denen sie untergebracht sind, ist eine solche mit einfachen Bretterwänden, äußerst zugig und nachts sehr kalt. Die Heizung wird durch zwei kleine eiserne Ofen versehen, die viel Staub und Ruß erzeugen. Die Kranken können nicht genügend mit Tee und Wärmflaschen versorgt werden, da die Barade über keine Kochgelegenheit verfügt. Es lagen sechs Leute mit Bauch- und Magenkrämpfen daneben, und für diese fanden nur zwei Wärmflaschen zur Verfügung. Weiter wird in dem Schreiben erklärt, eine besondere Ungeheuerlichkeit stelle es dar, daß die Toilettenanlage jeder Hygiene Hohn spreche.

Bemerkenswerte Entscheidung eines Wiener Gerichts über den Hitlergruß

Wien, 1. April. Das Strafbezirksgericht Wien hat in einem Verleumdungsprozess eine bemerkenswerte Entscheidung über den Hitlergruß getroffen. In dem Urteil heißt es, daß der in Österreich vollständig verbotene Hitlergruß als eine Sympathiebezeichnung, keineswegs aber als etwas Unehrenhaftes oder Unfittliches anzusehen sei. Das, was der Staat verbiete, sei nicht immer unehrenhaft oder unfittlich. Es können vorkommen, daß ein Staat, wie z. B. Sowjetrußland, sogar die religiöse Tätigkeit verbiete, damit jeder sich aber mit dem Sittengesetz in Widerspruch. Niemand der seiner Verehrung und seiner Verehrung für einen fremden Staatsmann oder für einen großen Mann Ausdruck gebe, handle unfittlich.

Die Generalsstabskonferenz in Bukarest

Belgrad, 1. April. In politischen Kreisen vertritt man die Auffassung, daß die jüngste Konferenz der Generalsstäbe der Kleinen Entente in Bukarest sich weniger mit der Lage beschäftigte, die durch die deutsch-polnische Annäherung entstanden sei, als vielmehr mit der Situation, die sich infolge der Vernichtung der Sozialdemokratie Österreichs und der der-

bedrängt, daß er ihnen mit Anwendung der Schusswaffe drohen mußte. In der Nähe einer Wirtschaft setzte sich zu den Stroichen noch eine sechs Mann starke Kommunisten-

SM-Mann von Handwerksburschen erstochen

Fischgureuth, 3. April. In der Nacht zum Donnerstag wurde der verheiratete SM-Mann Uebelader vor dem an der Wanderschaft befindlichen Wandergesellen Paul Kop-

Sich selbst des Mordes bezichtigt

Frag, 1. April. Die Kragerauer (Nordböhmern) Gendarmerie verhaftete die um Weichnau n. B. aus Hamburg eingewanderte reichsdeutsche Staatsangehörige Vesper und ihren Geliebten Josef Scholz.

Das badische Haushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1934.

Das Staatsministerium hat unterm 15. März 1934 das Haushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1934 beschlossen. Das Gesetz, dem die Reichsregierung ihre Zustimmung erteilt hat, wird neben dem Reichsstaatskalender von Baden, Robert Wagner, im Namen des Reiches verkündet und im Gesetz-

bei einem SA-Mann getötet habe. Die Untersuchung ergab daß Scholze an der Spitze einer weitverzweigten Schmutzlerbande stand. Daraufhin erfolgten in der ganzen Umge-

Drei Personen bei einer Segelfahrtpartie ertrunken

Löhen, 3. April. Bei einer Segelfahrt auf dem Löwentiensee sind am ersten Osterfeiertag nachmittag der Architekt Otto Born, der Zahnarzt Arnold Baumann und dessen Ver-

Paddelbootunglück auf der Nidda

Frankfurt (Main), 1. April. Auf der Nidda hat sich an Freitag nachmittag ein schweres Paddelbootunglück ereignet. Die Brüder Walter und Erwin Klum, 24 und 17 Jahre alt, hatten das lädige Boot zu einer Paddelboot-

Unblutiges Duell

Paris, 3. April. Das Duell zwischen dem früheren Ministern Müller und dem Führer der Camelots du Roi in Carcaffonne ist am Donnerstag ausgefallen worden. Der

Das badische Haushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1934.

Das Staatsministerium hat unterm 15. März 1934 das Haushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1934 beschlossen. Das Gesetz, dem die Reichsregierung ihre Zustimmung erteilt hat, wird neben dem Reichsstaatskalender von Baden, Robert Wagner, im Namen des Reiches verkündet und im Gesetz-

Der Haushaltsplan des Rechnungshofes beziffert die fortdauernden Ausgaben auf 221 550 RM.

Der Haushaltsplan des Finanz- und Wirtschaftsministeriums weist an fortdauernden Einnahmen den Gesamtbetrag von 187 967 750 RM. auf, während die fortdauernden Aus-

Die Einnahmeposten setzen sich wie folgt zusammen: Steuerverwaltung 110 637 400 RM., Landwirtschaft 3 781 950 RM. (dazu einmalig 260 000 RM.), Domänen und Forsten

In fortdauernden Ausgaben sind zu verzeichnen: Ministerium 524 900 RM., Steuerverwaltung 18 828 500 RM., Hochbauwesen 2 436 350 RM., Landwirtschaft 4 357 500 RM. (dazu einmalig 260 000 RM.), Domänen und Forsten 10 295 050 RM. (dazu einmalig 25 000 RM.), Salinen, Bergbau, Münzwesen 75 300 RM., Wasser- und Straßenbau 6 454 700 RM. (dazu einmalig 540 000 RM.), Landesvermessung und Topographie 1 580 750 RM., Hafenerwaltung 1 699 550 RM. (dazu einmalig 85 000 RM.), Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht 338 450 RM. (dazu einmalig 1000 RM.), Gewerbe und Handel 157 800 RM. (dazu einmalig 5000 RM.), Eisenwesen 219 150 RM., Geologische Landesaufnahme 69 400 RM., Landeshauptkasse 380 450 RM., Schuldendienst 4 223 250 RM. (dazu einmalig 3 957 400 RM.), Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung 24 564 500 RM., außerordentliche Belohnungen und Beihilfen 124 950 RM., Allgemeiner Fonds der Regierung 45 000 RM., verschiedene Ausgaben 14 600 RM. (dazu einmalig 309 800 RM.).

Ein Mehrbedarf an fortdauernden Ausgaben ist u. a. erforderlich für die Bezirksverwaltung in Höhe von 1 016 000 RM., für die Wohlfahrtspflege von 2 455 000 RM., für die Wohlfahrtspflege von 2 455 000 RM., für Kultus 544 500 RM., Hochschulen von 144 750 RM., für das Volkshochschulwesen von 118 000 RM., für das Hochbauwesen von 788 000 RM., die Landwirtschaft von 657 350 RM., die Domänen und Forsten von 512 000 RM., den Wasser- und Straßenbau 2 239 700 RM. und für die Landesvermessung und Topographie 38 100 RM. Einen Mehrbedarf an einmaligen Ausgaben erfordern die Bezirksverwaltung in Höhe von 180 000 RM., die Gefangenenanstalten von 100 350 RM., ferner die Hochschulen von 124 500 RM., die Domänen und Forsten von 761 000 RM., der Wasser- und Straßenbau von 477 000 RM. und die Hafenerwaltung von 160 000 RM.

Bollzug des Realsteuerrperrgesetzes 1934

Der Minister des Innern hat nach Benehmen mit dem Finanz- und Wirtschaftsminister mit Wirkung vom 1. April 1934 folgendes verordnet:

Gemeinden, die für das Rechnungsjahr 1933 Grund- und Gewerbesteuer überhaupt nicht erhoben haben, oder Gemeinden, deren tatsächlich zur Erhebung kommende Steuer-

Es ist in einer Gemeinde der Haushalt trotz äußerster Beschränkung der Ausgaben und trotz Ausnutzung der gesetzlich zugelassenen oder vorgeschriebenen Steuer, darunter der Bürgersteuer für das Kalenderjahr 1934 mit mindestens 700 vom Hundert des Reichsmaßes, nicht ausgleichbar, so kann in dieser Gemeinde die weitere Erhöhung der Real-

Gemeinden, die für das Rechnungsjahr 1933 die Gemeindefeuersteuern herabgesetzt haben, dürfen unbeschadet der zulässigen Erhöhungen für das Rechnungsjahr 1934 die Gemeindefeuersteuern bis zu dem im Rechnungsjahr 1932 zuletzt maßgebenden Steuermaßen mit Genehmigung des Ministers des Innern im Benehmen mit dem Finanz- und Wirtschaftsminister wieder erhöhen, sofern der Gemeindehaushalt trotz äußerster Beschränkung der Ausgaben und trotz der Erhöhung der Bürgersteuer für das Kalenderjahr 1934 mit mindestens 500 vom Hundert des Reichsmaßes nicht ausgleichbar werden kann.

Der Landesdurchschnitt der Realsteuererträge beträgt: beim Grundvermögen 225 Hundertteile = 90 % beim Gewerbevermögen 225 Hundertteile = 525 % beim Betriebsvermögen 210 Hundertteile = 34 % von je 100 RM. Steuerwert oder Gewerbevermögen.

Verbot des Auftaufens von Eiern auf dem Lande in Baden!

Es ist mir bekannt geworden, daß Bürgermeister und Ortsbauernführer Bescheinigungen ausstellen, wonach es gestattet sei, Eier anzufaufen. Ich mache darauf aufmerksam daß dies gegen die gesetzlichen Vorschriften verstößt; die

Reichszuschüsse für die Stützung des Neuhäusbesitzes 1924 bis 1930

Die Preßstelle beim Staatsministerium teilt mit: Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Anträge an Bewilligung einer Zinsbeihilfe aus den Mitteln des Reiches zur Stützung des Neuhäusbesitzes 1924-1930, also für Wohngebäude, die in der Zeit vom 1. April 1924 bis 31

Reichsstatthalter und Innenminister besuchen Deschelbronn

Deschelbronn, 3. April. Reichsstatthalter Robert Wagner und Innenminister Pflaumer haben am Donnerstag vormittag unserer Gemeinde einen Besuch abgestattet, um sich von dem Stande der Vorbereitungen für den Wiederaufbau unseres Dries an Ort und Stelle zu überzeugen. Anwesend waren auch die zuständigen Sachreferenten, sowie der Präsident der Gebäudeversicherungsanstalt, Jung, Landesbauernführer Huber, Vertreter der Bezirksbauämter, Kreis-

„Niemand hat den Mut dazu!“ gestand die alte Dame. „Ich habe Hoff darum gebeten, habe auch mit Dir gesprochen und mit Lena. Keiner will es über-

Christa hielt die Hände über der Decke gefaltet und dachte nach. „Dann muß ich selber zu ihm gehen.“ „Um Gott, nein!“ fuhr die Geheimrätin auf. „Es gibt ein Unglück, Kind!“

„Beschalt, Mama? Einmal muß er es ja doch erfahren. Ich kann doch nicht ewig von Wien weg bleiben. Und wenn er mit Madlen glücklich ist —“

„Er ist es nicht, Christa!“ Die Kranke horchte auf. „Ein Grund mehr, daß ich nach Hause komme und sie im Auge behalte. Ich esse ihn nicht zugrunde richten durch Madlen. — Ach, Mutter! — Mutter! Ihre Arme strecken sich hilfe-

„Es wird alles wieder gut werden, mein Kind“, versuchte die Geheimrätin zu trösten.

Wie wieder, dachte Christa, legte den Kopf in die Kissen zurück und schloß die Lider. Träne um Träne rieselte darunter hervor.

Madlen hatte auf einmal über Einsamkeit und Zangeweile geklagt und sich Gäste geladen. Zum Mittagsisch, zum Tee, zum Abendbrot. Wochte Grude jeimkommen wann er wollte, seine Frau war immer in Gesellschaft.

Eine hinterbunte Eppichadt. Meistens junge Leute aus Film- und Theaterkreisen. Sie drängten sich in den Zimmern und verwardelten sie in eine Art Heer-

Sein sonst so stilles, friedliches Heim, in das nur zur Zeit der Sprechstunde Anruhe getragen wurde, alich nun Tag für Tag einem summmenden Wienforb.

Das Lachen der Gäste hallte sogar durch die Doppeltür seines Ordinationsraumes, so daß Lena mehr als einmal erschrocken aufsprang und sich wunderte, mit welcher Ruhe er das ertrug. Er schüttelte nur den Kopf.

